

Rasante Jahre:

Massiver Ausbau psychosozialer Unterstützung bei der Polizei NRW



Polizist*innen müssen viel Druck aushalten. Foto: LAFP NRW, Grenzgang

ZPSU, ZeBuS, PÄD, SAP, PSU-Team – nur ein winziger Ausschnitt dessen, was es an polizeilichen Abkürzungen so gibt. Dieses spezielle „Sortiment“ hier umfasst nahezu alle Beratungs- und Unterstützungsangebote für Polizist*innen. Hinzukommen noch die Polizeiseelsorge und das Angebot „Konfliktberatung und Teamentwicklung“. Insgesamt sieben Unterstützungsbereiche innerhalb der Polizei NRW: Stichwort PSU, „Psychosoziale Unterstützung“. Diese Angebote sind dezentral in verschiedenen Behörden und Zuständigkeiten angesiedelt – unter dem Dach des „Helfernetzwerks“ arbeiten sie zusammen.

Die psychosoziale Unterstützung wird im Moment massiv aus- und umgebaut: Eine Herkulesaufgabe. Diametral entgegen üblichen Sparzwängen, nimmt das Land sehr viel Geld in die Hand und schafft über 50 neue Stellen für psychosoziale Fachkräfte, Supervisor*innen und Führungskräftecoaches. Demnächst eingerichtet werden Regionalstellen für psychosoziale Unterstützung (RPSU), die ersten Stellenausschreibungen laufen bereits.

An alldem ist maßgeblich die „Zentralstelle Psychosoziale Unterstützung“ der Polizei NRW, kurz ZPSU, beteiligt. Ursprünglich eine kleine Beratungsdienststelle des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) ist sie, so kann man fast sagen, in den letzten Jahren „explodiert“: Aus ehemals zwei Psychologinnen im „Sozialwissenschaftlichen Dienst“ wurden zwölf. Aus einer Beratungsstelle wurde eine Koordinationsdienststelle mit vielfältigen Beratungsangeboten. Der ZPSU obliegt es, die gesamte „Vernetzung, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der psychosozialen Unterstützung“ für die Polizei NRW flächendeckend umzusetzen. Die Aufgaben im Einzelnen: Beratung und Unterstützung, Wissenschaft und Grundlagenarbeit, Aus- und Fortbildung, Zusammenarbeit und Vernetzung, Fachaufsicht über RPSU (dazu später).

Spannende Zeiten in einem Bereich, der der Öffentlichkeit kaum bekannt ist und lange Zeit auch innerhalb der Polizei ein Nischendasein führte.

Atemlos

„Sogar während der Coronazeit haben wir wirklich extreme Umbrüche erlebt“, beschreibt Karin Herbers die Entwicklung, „wir hatten rasante Jahre.“ Sie leitet die Zentralstelle Psychosoziale Unterstützung (ZPSU), angesiedelt beim LAFP NRW am Standort Münster. „Die nordrhein-westfälische Polizei erfindet sich gerade auf ganz, ganz vielen Ebenen neu,“ sagt ihre Kollegin Dr. Jutta Hannig, die Organisation Polizei insgesamt „denkt“ das Thema psychosoziale Unterstützung bei ganz vielen Dingen nunmehr konsequent mit.



Karin Herbers ist Diplompsychologin, systemische Organisationsberaterin und seit 18 Jahren bei der Polizei NRW beschäftigt.



Dr. Jutta Hannig arbeitet seit 14 Jahren für die Polizei, auch sie ist Diplompsychologin und Psychologische Psychotherapeutin mit Fachrichtung Verhaltenstherapie.

Druck

Das ist auch notwendig für die Funktionsfähigkeit und wichtig für die einzelnen Polizist*innen. Man hat erkannt: Der Druck aus Politik und Bevölkerung ist immens und belastet zusätzlich zu personellen Umbrüchen, Sparzwängen und anderen Herausforderungen der letzten Jahre (Terror, Amoklagen, Clankriminalität, Internetkriminalität, „Kinderpornografie“).

Rassismus, so genanntes Racial Profiling, gewaltsame Übergriffe z.B. bei Demos, Schusswaffengebrauch, (angebliche) Ermittlungspannen, zu viel Überwachung... amerikanische Verhältnisse auch bei unserer Polizei werden unterstellt. Gleichzeitig bemängeln Kritiker zu wenig Präsenz auf den Straßen, der Polizeiforscher und ehemalige Polizist Rafael Behr beobachtet eine „Kultur des Schweigens und Wegschauens“ innerhalb der Polizei (ZEIT, 03.09.2020). Wenn Polizist*innen Fehler machen, hagelt es Beschimpfungen, vor allem in den sozialen Medien. Einsätze werden gefilmt und in verkürzten Ausschnitten veröffentlicht, beteiligte Polizist*innen nicht selten vorschnell und zu Unrecht an den Pranger gestellt.

Verschleiß

Das hat Konsequenzen: 2020 wurde ermittelt, dass die Häufigkeit psychischer Probleme bei Polizist*innen weltweit „durchschnittlich mehr als doppelt so hoch im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung ausfällt“, steht im Bericht „Traumafolgestörungen im Polizeidienst – Prävalenzen und Risikofaktoren“ *1 der ZPSU. Die Häufigkeit einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), der bekanntesten Traumafolgestörung, liege im deutschsprachigen Raum unter Polizist*innen bei etwa 5 bis 30%, bei den Vorstufen einer PTBS sogar bei 15 bis 63 %.

„In einer internen Erhebung des Innenministeriums wurde bei einer Abfrage in allen 50 Polizeibehörden des Landes NRW ein Supervisionsbedarf für mindestens 6500 Polizeibeschäftigte in besonders belastenden Arbeitsfeldern festgestellt“, berichtet der Leitende Landespolizeiseelsorger der EKIR, Dietrich Bredt-Dehnen („Begleiten - Beraten - Beistehen. Polizeiseelsorge in NRW *2) Psychische Erkrankungen zögen häufig lange Ausfallzeiten nach sich. „Im Schnitt dauerten sie 30,3 Tage – das ist mehr als doppelt so lang wie die durchschnittliche Zahl der Krankheitstage bei anderen Erkrankungen, die bei 13,8 Tagen liegt.“

Lange Ausfallzeiten sind teuer – zudem fördern sie eine negative Spirale, wie überall: Je mehr Polizist*innen krank sind, desto höher die Belastungen der Arbeitenden, desto größer die Gefahr noch höherer Krankenstände. Das kann sich keine Polizei, kann sich kein (Bundes-)Land auf Dauer leisten, denn die Herausforderungen an Polizei werden nicht geringer, während gleichzeitig die Babyboomer in Pension gehen und die Polizei mit vielen anderen Anbietern hart um die jungen Berufseinsteiger*innen konkurrieren muss.

Umdenken

Zwar ist die Bedeutung psychischer Belastungen im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit hinlänglich bekannt, aber innerhalb der Polizei hinkte die Entwicklung hinterher. Die noch aus früheren Zeiten stammende Kultur, „bloß keine Schwächen in irgendeiner Form zu zeigen“, meint Karin Herbers, sei tief verwurzelt gewesen. Das Selbstverständnis der Polizist*innen war und ist lösungsorientiert. Sie empfinden sich als Helfende und nicht als Ratsuchende. „Beratung zu brauchen wurde, als ich angefangen habe, definitiv noch als Schwäche angesehen.“ Unterstützung zu suchen, auch im Sinne von Prävention, habe bedeutet `ich funktioniere wohl nicht richtig`. „Da erleben wir einen Generationenwandel. Die Jüngeren sind deutlich aufgeschlossener gegenüber Beratung und auch deutlich offener, was den Austausch über Dinge angeht, die vielleicht nicht so gut gelaufen sind oder wo Ängste oder ähnliches auftreten.“

Innerhalb der letzten 12 Jahre sei die strategische Berücksichtigung sogenannter „weicher“ Themen, die psychosoziale Unterstützung (PSU), in der Mitte der Polizei angekommen,“ bestätigt auch Dietrich Bredt-Dehnen. „Nicht nur die großen Schadenslagen haben hier ein Umdenken der politischen und polizeilichen Führung ermöglicht, sondern auch die deutlicher artikulierten und wahrnehmbaren alltäglichen Belastungen, denen viele Polizeibeschäftigte ausgesetzt sind. Der Umgang mit Tod und Gewalt, mit den Abgründen der Gesellschaft betrifft viele Beamt*innen im Streifendienst und in den Kriminalwachen, genauso wie in den Fachkommissariaten. Ermittlungen und Auswertungen im Bereich der Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder (sog. „Kinderpornografie“) haben ungeahnte Ausmaße angenommen und bedeuten für die dort arbeitenden Beamt*innen und zunehmend auch Regierungsbeschäftigte eine riesige Herausforderung“ *2.



Dietrich Bredt-Dehnen, Leitender Landespolizeipfarrer der EKIR während einer Podiumsdiskussion

Foto: Stiftung Polizeiseelsorge

Als „changing points“ sieht der Seelsorger die Folgen des Einsatzes während der Loveparade 2010, aber auch 2021 die Naturkatastrophe im Ahrtal.

Bedrohungen

Wie und in welchen Bereichen die Belastungen am folgenschwersten sind – dazu fehlt es an Daten. Das Team der ZPSU forscht daran. Auf den ersten Blick liegen sie bei der Bereitschaftspolizei, den Spezialeinheiten und Unfallsachbearbeiter*innen, die mit Schwerstverletzten und Getöteten zu tun haben. Aber es kommt auch auf die Anzahl der belastenden Einsätze an – und darauf, ob die Beamt*innen eine (zeitliche) Möglichkeit haben, sich mental auf das einzustellen, was auf sie zukommt.



Foto: Foto: LAFP NRW, Grenzgang

Genau das können die Beschäftigten des Wachdienstes oft nicht. Der sogenannte Streifendienst als weitaus größte Gruppe unterliegt ständig der Gefahr, dass an sich „harmlose“ Einsätze umkippen. Plötzliche Gewaltandrohung bzw. -anwendung z.B. während einer Fahrzeugkontrolle ist nur ein Beispiel. Kräfte des Wachdienstes sind bei nahezu allen Einsatzanlässen als erste vor Ort, jedoch erstmal mit dem größten Informationsdefizit. Zu solchen Situationen zählen Amoklagen oder schwere Verkehrsunfälle. „Genau diese Unvorhersehbarkeit der Ereignisse ist ein hochrelevanter Risikofaktor für die Entwicklung von Traumafolgestörungen“ *1.

Risiken

Die Gefahr einer sogenannten „Sekundär-Traumatisierung“ besteht auch für einen Teil der Kriminalbeamt*innen. „In besonderem Maße gilt dies für Todesermittler, Sachbearbeitende von Sexualdelikten sowie Beamt*innen in Kriminaldauerdiensten, der Kriminalwache, des Erkennungsdienstes und der KTU (Kriminaltechnische Untersuchung). Daneben stellt der Umgang mit Angehörigen hohe emotionale Anforderungen an die Beschäftigten.“ *1, S. 50.

Im Bericht der ZPSU sind die Gefahren psychischer Belastungen bzw. Traumafolgestörungen innerhalb der Polizei noch genauer ausdifferenziert. Diese Untersuchung sei der erste Versuch, zunächst auf Basis einer Literaturrecherche solche Erkenntnisse zusammenzutragen, sagt Jutta Hannig. Weitere Forschung soll folgen.

Nicht zu unterschätzen sind auch Belastungen, die bei einer Umfrage der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ zum Stichwort „Pilotvorhaben Alltagsreflexion“ *3 deutlich wurden.

So empfanden 19,88% der Befragten Anfeindungen durch „polizeiliches Gegenüber“ als klar belastend (Antwort: ja) und immerhin noch 40,94% antworteten mit „eher ja“. Unter externen Einflüssen stechen die Rolle der Justiz heraus sowie Einsatzdarstellung und Diskussion in sozialen Medien: Hier fühlten 32,87% der Befragten klar die Belastung und 43,26% antworteten mit „eher ja“.

Um- und Ausbau: RPSU

Höchste Zeit also für den Ausbau psychosozialer Unterstützung und die Vernetzung der Angebote. Karin Herbers und Jutta Hannig arbeiten bereits im Helfernetzwerk mit Dietrich Bredt-Dehnen zusammen, zum Beispiel in der Suizidprävention für polizeiliche Einsatzkräfte. Die Polizeiseelsorger*innen sind auch bereits tief in den Aufbau der sogenannten Alltagsreflexionen, einem Supervisions-Angebot für alle Basisorganisationseinheiten, involviert (vgl. unseren Bericht). Neben der Beratung ist die ZPSU zurzeit mit konzeptionellen Arbeiten und Stellenausschreibungen für die Einstellung von 12 Psycholog*innen mit psychotherapeutischer oder beraterischer Zusatzqualifikation betraut.

Zukünftig soll in jeder §4-Behörde, also in den sechs größten Polizeipräsidien Münster, Bielefeld, Essen, Dortmund, Düsseldorf und Köln eine Regionalstelle für psychosoziale Unterstützung (RPSU) mit jeweils zwei neu eingestellten Psycholog*innen eingerichtet werden. Sie müssen eingearbeitet und in das System Polizei eingepasst werden. Das Aufgabenprofil: Beratung belasteter Polizeibeschäftigter (z.B. nach schwierigen Einsätzen), Gruppensupervision, Vortragsarbeit (z.B. Entstigmatisierung psychischer Belastungen) usw. Ziel: Beratung und Unterstützung aller Polizeibeschäftigten des Landes NRW mit „Blick auf Erhaltung und Wiederherstellung der psychischen Gesundheit“, erklärt Karin Herbers.

Parallel zur Einrichtung der RPSU werden in enger Kooperation mit der Polizeiseelsorge neue Strukturen für den Bereich der Alltagsreflexion geschaffen, mit einer Zentralstelle im Zentrum für ethische Bildung und Seelsorge in der Polizei NRW (Zebus) des LAFP NRW und dezentralen Strukturen an 11 weiteren Standorten. Dafür sollen insgesamt 20 Fachkräfte mit supervisorischer Zusatzqualifikation eingestellt werden. Darüber hinaus werden neue Strukturen im Bereich der Führungskräfteberatung geschaffen. Hierfür werden nochmals 20 Fachkräfte mit Zusatzqualifikation im Bereich Coaching gesucht. Die Stellenausschreibungen für diese insgesamt 52 Stellen laufen derzeit (Stand Dezember 2022). Mehr auch unter www.karriere.nrw.de.

„Wir betreten mit der gesamten Umstrukturierung Neuland und werden das mit einem Evaluationsprozess begleiten, so dass wir gegebenenfalls Anpassungen vornehmen“, sagt Jutta Hannig. Karin Herbers und Jutta Hannig legen Wert darauf, dass man bei allem nicht in eine Pathologisierung rutschen darf, also „, dass man auf einmal sagt, wer in dem Bereich tätig ist, muss belastet sein und wird ohne psychologische Unterstützung sicher erkranken, braucht unbedingt psychologische Unterstützung, weil man sonst den Job nicht machen kann“, warnt Jutta Hannig. Es gehe darum, Risikofaktoren zu erkennen und Polizeibedienstete bei ihrer herausfordernden Arbeit frühzeitig und professionell zu unterstützen. Und Karin Herbers ist wichtig, dass sich die verschiedenen Angebote psychosozialer Unterstützung voneinander abgrenzen und dass potenziell Hilfesuchende unkompliziert Zugang zu den für Ihr Anliegen passenden Angeboten erhalten.

Neben den administrativen, organisatorischen und wissenschaftlichen Aufgaben sind die Kolleg*innen der ZPSU weiterhin auch beratend tätig. Darunter fällt auch das bereits installierte Unterstützungskonzept für Polizeibeamt*innen und Regierungsbeschäftigte, die im Bereich sexuellen Missbrauchs bzw. Kinderpornografie tätig sind^{*4}. Grundsätzlich sind „unsere Beratungsleistungen in erster Linie präventiv“, sagt Karin Herbers. Dennoch sei es wichtig, dass innerhalb der Polizei auch psychologische Fachkräfte mit einem therapeutischen Background tätig sind, um z.B. besser einschätzen zu können, ob eine Weitervermittlung an Therapeut*innen außerhalb der Polizei nötig sein könnte.

Erleichterung

Wo auch immer die Reise hingehet, wo und wie sich die verschiedenen Teile des psychosozialen Unterstützungssystems zukünftig organisatorisch zurecht ruckeln – vieles ist noch im Fluss. In Planung sind noch „PSU-Peers“ (zusätzliche, niederschwellige Ansprechpartner) und „Dienstunfalllotsen“.

Karin Herbers nimmt wahr, „dass man auf ganz, ganz vielen Ebenen geradezu erleichtert ist und sagt: Endlich, das ist längst überfällig! Endlich bewegt sich hier was!“ „Ich höre von denjenigen bei mir in den Beratungen, dass es so gut ist, jetzt Möglichkeiten zu haben, Ansprechpartner vor Ort, die aber intern sind, die unsere Sprache sprechen, die einfach schnell da sind“, ist die Erfahrung von Jutta Hannig.

Wertschätzung

Es ist ein Paradigmenwandel innerhalb der Polizei bzw. auch beim Innenministerium NRW, weg von einer Kultur der Härte (gegen sich selbst), hin zu einer Kultur der Wertschätzung. Klare Kante nach außen zeigen zu können und zu müssen, dabei ständig Gesetz und ethische Werte zu reflektieren gelingt letztlich nur psychisch stabilen und gesunden Polizist*innen.

Vieles an dieser Entwicklung ist auch der Arbeit der Polizeiseelsorger*innen zu verdanken, die unermüdlich und seit 2009 mit personeller Verstärkung darauf dringen, „dass die psychosoziale Unterstützung von Polizeibeschäftigten nicht als `nice to have`, sondern als unabdingbarer Bestandteil polizeilichen Handelns“ verstanden werden sollte, so Dietrich Bredt-Dehnen ^{*2}.

„Es ist wichtig „, dass wir auch unsere Seele schützen müssen.... Denn hinter allem, was Polizei tut, stehen Menschen!“ ^{*2} (Ingo Wunsch, Leiter des Landeskriminalamts)

Bericht: Barbara Siemes

Quellen:

^{*1} Bröckelmann, A.-K. & Steiger, J. (2021). „Traumafolgestörungen im Polizeidienst – Prävalenzen und Risikofaktoren“. ZPSU-Arbeitsbericht Nr. 1. Münster: LAFP NRW, Zentralstelle Psychosoziale Unterstützung

^{*2} Michael Arnemann, Dietrich Bredt-Dehnen, Marcus Freitag, Werner Schiewek (Hrsg.) „Begleiten - Beraten - Beistehen. Polizeiseelsorge in NRW“, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt 2022

^{*3} Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW, Abschlussbericht, Band 2 - Anlagen, Ministerium des Innern NRW, August 2021

^{*4} Fischbach, A., Hannig, J., Herbers, K., Kubera, T., Schneider, S., & Wunsch, I. (2020). Arbeitsschutz bei polizeilichen Ermittlern von Kinderpornographie und Content Moderation von Gewalt. Aufgabenbedingte Gewalt in der digitalen Welt. In R. M. Trimpop, A. Fischbach, I. Selinger, A. Lynnyk, N. Kleineidam, & A. Große-Jäger (Eds.), 21. Workshop Psychologie der Arbeitssicherheit und Gesundheit. Gewalt in der Arbeit verhüten und die Zukunft gesundheitsförderlich gestalten! (pp. 1–4). Kröning: Asanger.